



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 9 - V - 3 3 - 0 0 0 2
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) VI

Bericht zum Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss STVV Nr. 0150 vom 30.07.2017

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Stadtrat
Christoph Manjura

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf: 2018

abs.: 59.689.941,01
 in %: 16,4

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Bericht zur Umsetzung des Integrationskonzeptes für geflüchtete Menschen in Wiesbaden.

Anlagen:

Bericht zur Umsetzung des Integrationskonzeptes für geflüchtete Menschen in Wiesbaden.

C Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht zur Umsetzung des Integrationskonzeptes für Geflüchtete wird zur Kenntnis genommen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Erstellung des Integrationskonzeptes für Geflüchtete sowie die Rückkopplungsveranstaltung im April 2018 nach dem Konzept der Bürgerbeteiligung durchgeführt wurden. Beide Veranstaltungen wurden hinsichtlich des Beteiligungsaspektes durch Amt 12 evaluiert und durch die Befragten sehr positiv bewertet.
3. Die im Bericht enthaltene Übersicht über die verausgabten Mittel aus dem Integrationsfonds wird zur Kenntnis genommen.

D Begründung

Am 30. März 2017 wurde mit Beschluss Nr. 0150 das Integrationskonzept für Geflüchtete in Wiesbaden 2017 - 2020 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Mit der Steuerung der Umsetzung des Integrationskonzeptes wurde die ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration beauftragt. Zur Umsetzung von Maßnahmen und Programmen des Integrationskonzeptes für Geflüchtete wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0214 vom 14.07.2016 ein kommunaler Integrationsfonds in Höhe von 1,1 Mio. zur Verfügung gestellt. Für die Verausgabung der Mittel wurde ein Verfahren beschlossen und die abschließende Entscheidungsbefugnis auf die Steuerungsgruppe Integration übertragen. Die bisher verausgabten Mittel sind in der im Bericht enthaltenen Übersicht dargestellt.

Das Integrationskonzept für Geflüchtete in Wiesbaden wurde unter Federführung des Amtes für Zuwanderung und Integration in Kooperation mit I/WIEB, dem Amt für soziale Arbeit und dem Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge erarbeitet. Dieser Entwurf wurde in einem Beteiligungsverfahren mit vier öffentlichen Veranstaltungen und einer Kommentierungsmöglichkeit im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2016 mit Initiativen, ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer/-innen, der interessierten Bürgerschaft, Kooperationspartner/-innen, Politik und Verwaltung diskutiert, um Maßnahmen ergänzt und angepasst.

Nach einem Jahr wurde der Beteiligungsprozess mit der gleichen Teilnehmergruppe des ersten Beteiligungsverfahrens fortgesetzt, in dem über den Stand der Umsetzung informiert und diskutiert wurde. Die Dokumentation dieser Veranstaltung am 20. April 2018 „Integrationskonzept für Geflüchtete - 1 Jahr danach“ stellt die Basis dieses Berichtes dar, ergänzt um die Ergebnisse einer begleitenden Teilnehmer/-innenbefragung durch Amt 12 sowie einer Übersicht über die bisher verausgabten Mittel aus dem Integrationsfonds.

Die gemeinsame Erarbeitung eines Konzeptes zu einem gesellschaftspolitisch aktuellen und wichtigen Thema wie die Integration von Geflüchteten hat dazu beigetragen, Missverständnisse

zwischen unterschiedlichen Akteuren abzubauen, einen von der breiten Mehrheit getragenen Maßnahmenplan zur Integration von Geflüchteten zu verfolgen und somit Parallelaktivitäten zu reduzieren. Dies spiegeln auch die Ergebnisse der begleitenden Befragung der Veranstaltungsteilnehmer/-innen: eine durchweg positive Bewertung der Veranstaltung und „Zuversicht gegenüber dem Gesamtprozess“. Es sei an dieser Stelle jedoch angemerkt, dass der Ressourcenaufwand auf Seiten der involvierten Ämter sehr hoch und nicht eingeplant war und in Zukunft nicht regelhaft zusätzlich geleistet werden kann.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 31. Januar 2019

☎ 4422 ru

Stadtrat
Christoph Manjura